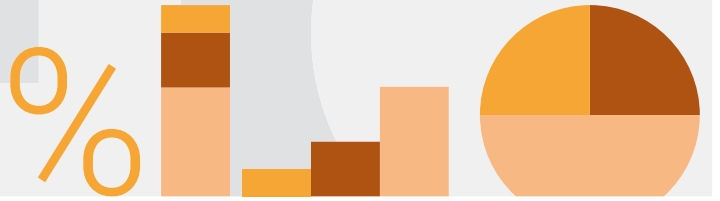


BFS Aktuell



16 Kultur, Medien, Informationsgesellschaft, Sport

Neuchâtel, November 2022

Erhebung zur Internetnutzung 2021 Internetnutzung und persönliche Daten

Das Recht auf Privatsphäre ist ein in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschriebenes Grundrecht. In unserer digitalen Welt wird der Schutz der Privatsphäre und der persönlichen Daten immer wichtiger.¹ Die Regierungen passen den rechtlichen Rahmen zwar der Entwicklung an, die Internetnutzerinnen und -nutzer können aber selber vorbeugende Massnahmen treffen, um ihre persönlichen Daten im Internet zu schützen. In dieser Publikation wird den Fragen nachgegangen, welche Daten Internetnutzerinnen und -nutzer nach eigenen Angaben im Internet preisgeben und wie sie mit diesen Daten umgehen bzw. wie sie diese schützen.

Ausgangslage

In unserer zunehmend digitalisierten und vernetzten Gesellschaft ist der Schutz persönlicher Daten im Internet eine grosse Herausforderung. Die Gesetzgeber demokratischer Länder erlassen Vorschriften, um die exponierte Bevölkerung bestmöglich zu schützen.² In der Schweiz tritt im Herbst 2023 das neue Datenschutzgesetz in Kraft. Dessen Ziel besteht darin, die Rechte der Personen an ihren Daten zu verbessern.

In diesem Zusammenhang lohnt ein genauerer Blick auf den Umgang der Internetnutzerinnen und -nutzer mit ihren persönlichen Daten. Wie freigütig geben sie diese im Internet preis bzw. wie schützen sie diese? Die vorliegende Studie geht diesen Fragen

nach. Sie stützt sich dabei auf die Ergebnisse der Erhebung zur Internetnutzung von Haushalten und Einzelpersonen, die alle zwei Jahre vom Bundesamt für Statistik (BFS) durchgeführt wird.³

Die zunehmende Internetnutzung führt zu mehr persönlichen Daten im Internet

Durch die zunehmenden Online-Aktivitäten gelangen auch mehr persönliche Daten ins Internet. Die stärkere Nutzung von E-Commerce, E-Banking, Social Media und Cloud-Diensten führt unweigerlich dazu, dass im Internet immer mehr persönliche Daten kursieren oder gespeichert werden.⁴

Der Anteil der Internetnutzerinnen und -nutzer, die nach eigenen Angaben in den letzten zwölf Monaten persönliche Daten im Internet weitergegeben haben, wächst rasant. Zwischen 2017 und 2021 stieg er um 10 Prozentpunkte von 75% auf 85% der Gesamtbevölkerung an (siehe Grafik G1). 2021 handelte es sich dabei hauptsächlich um Kontakt- (72%) und Zahlungsinformationen (68%), die infolge der immer häufigeren Online-Käufe um je rund 20 Prozentpunkte zunahm. Dahinter folgten Personendaten wie Name oder Geburtsdatum (56%) und der aktuelle Standort (50%).

¹ Vereinte Nationen (2018), «Le droit à la vie privée à l'ère numérique», Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, S. 3.

² zum Beispiel mit der Inkraftsetzung der Datenschutz-Grundverordnung der EU (DSGVO) im 2. Quartal 2018 oder dem Paket «Digitale Dienste» (Digital Services Act et Digital Market Act), das sich derzeit im Verabschiedungsverfahren befindet

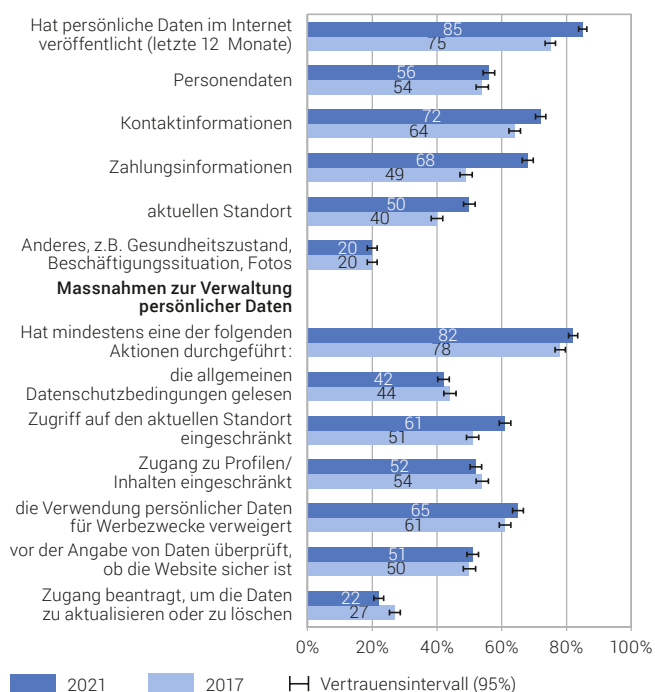
³ nähere Informationen zur Erhebung: www.statistik.ch → Statistiken finden → Kultur, Medien, Informationsgesellschaft, Sport → Grundlagen und Erhebungen → Erhebungen → Omnibus 2021: Erhebung zur Internetnutzung (OMN2021)

⁴ nähere Informationen zur Zunahme der Online-Aktivitäten, siehe z. B. : www.statistik.ch → Statistiken finden → Kultur, Medien, Informationsgesellschaft, Sport → Grundlagen und Erhebungen → Erhebungen → Omnibus 2021: Erhebung zur Internetnutzung (OMN2021) → Medienmitteilungen → Pandemie treibt Nutzung von E-Government-Diensten voran – Internetnutzung in den Haushalten im Jahr 2021

Persönliche Daten im Internet und Schutzmassnahmen 2017 und 2021

In % der Bevölkerung¹

G1

¹ Personen zwischen 15 und 88 Jahren

Quelle: BFS – IKT-Omnibus

© BFS 2022

Auch bei den Massnahmen, die ergriffen werden, um den Zugang zu persönlichen Daten einzuschränken, ist ein Aufwärtstrend zu beobachten, dieser ist aber weniger ausgeprägt als bei der Weitergabe von persönlichen Daten.⁵ 82% der Bevölkerung trafen 2021 mindestens eine vorsorgliche Massnahme, gegenüber 78% vier Jahre zuvor. Die mit 65% häufigste Massnahme war die Weigerung, dass personenbezogene Daten für Werbezwecke verwendet werden. 61% schränkten den Zugriff auf den aktuellen Standort ein. Diese zweithäufigste Schutzmassnahme wurde deutlich häufiger getroffen als noch 2017 (+10 Prozentpunkte).

Bei den übrigen Massnahmen zeigt sich keine signifikante Veränderung, sieht man einmal davon ab, dass die Befragten seltener Zugang zu ihren persönlichen Daten verlangen, um diese zu aktualisieren oder zu löschen (–5 Prozentpunkte). Jede zweite Person schränkt den Zugriff auf ihr Profil, ihre Inhalte in den sozialen Medien oder auf gemeinsam genutzte Online-Speicherorte ein. Ebenfalls die Hälfte überprüft die Sicherheit einer Website, bevor sie dort persönliche Daten angibt. Vier von zehn Personen lesen die Datenschutzbedingungen.

⁵ Hierbei ist zu beachten, dass die Referenzperiode der Erhebung geändert wurde. Sie wurde für die Massnahmen zur Datenverwaltung von zwölf Monaten im Jahr 2017 auf drei Monate im Jahr 2021 gekürzt. Da die überwältigende Mehrheit der Internetnutzerinnen und -nutzer das Internet täglich nutzt, hat diese Änderung keinen Einfluss auf die beobachteten Trends.

Unterschiedliche Praxis je nach digitalen Kompetenzen

Die Massnahmen, die ergriffen werden, um die Weitergabe persönlicher Daten einzuschränken oder zu kontrollieren, hängen stark von den digitalen Kompetenzen der Internetnutzerinnen und -nutzer ab.⁶ Je besser die Kompetenzen, desto grösser ist der Anteil der Personen, die nach eigenen Angaben Schutzmassnahmen treffen. Wie Grafik G2 zeigt, haben in den letzten Monaten zuzusagen alle Internetnutzerinnen und -nutzer mit digitalen Grundkompetenzen oder erweiterten digitalen Kompetenzen persönliche Daten im Internet preisgegeben (99% bzw. 95%) und in den letzten drei Monaten mindestens eine Massnahme ergriffen, um den Zugang zu diesen Daten einzuschränken (100% bzw. 97%).

Die kompetentesten Internetnutzerinnen und -nutzer geben nicht nur die meisten Informationen im Internet weiter, sie treffen auch die meisten Präventionsmassnahmen. Neun von zehn Personen mit erweiterten digitalen Kenntnissen verweigern den Zugriff auf den aktuellen Standort und die Verwendung der persönlichen Daten für Werbezwecke. Bei den Personen, die lediglich über digitale Grundkompetenzen verfügen, sind diese Anteile mit 62% bzw. 68% deutlich geringer.

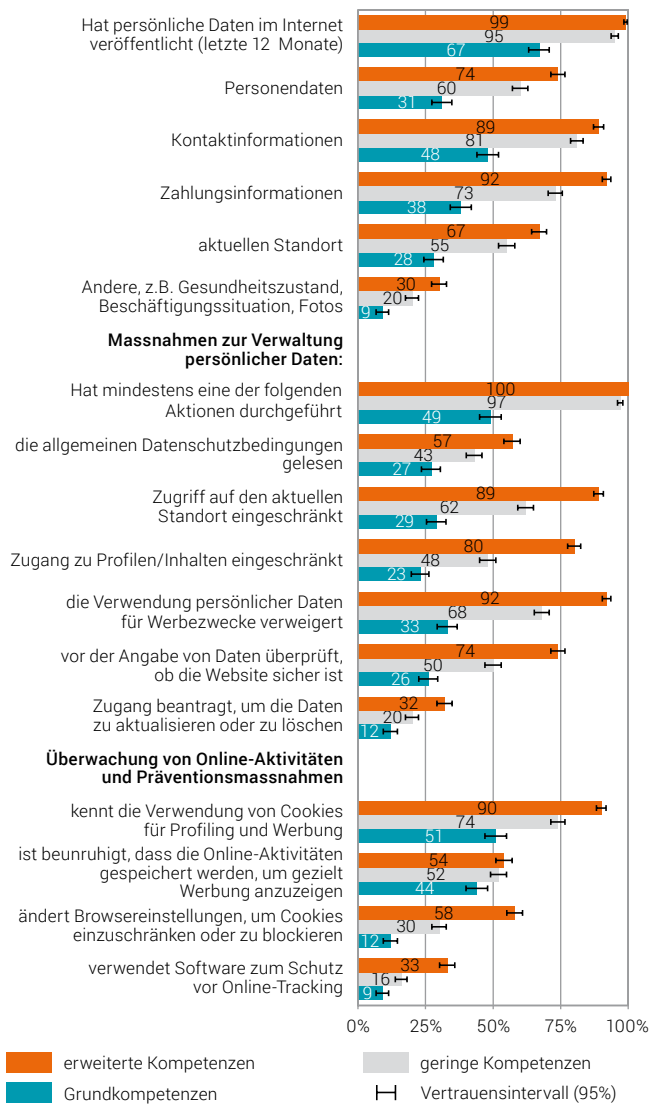
Am auffälligsten ist der Kontrast bei den Internetnutzerinnen und -nutzern mit geringen digitalen Kompetenzen. Sie ergreifen deutlich seltener Präventionsmassnahmen als Personen mit höheren Kompetenzen. Zwei Drittel geben an, dass sie Daten online preisgeben, aber nur knapp die Hälfte trifft zumindest eine Massnahme, um den Zugriff auf diese Daten zu kontrollieren oder einzuschränken. Mit anderen Worten: Die Hälfte von ihnen hat in den letzten drei Monaten keine Präventions- oder Schutzmassnahmen ergriffen. Zudem hat lediglich ein Drittel abgelehnt, dass die persönlichen Daten für Werbezwecke verwendet werden. 29% haben den Zugriff auf den Standort verweigert und nur 23% in den sozialen Medien den Zugriff zu Profilen eingeschränkt (gegenüber 80% der Internetnutzerinnen und -nutzer mit erweiterten digitalen Kompetenzen).

⁶ nähere Informationen über die digitalen Kompetenzen der Schweizer Bevölkerung: www.statistik.ch → Statistiken finden → Kultur, Medien, Informationsgesellschaft, Sport → Informationsgesellschaft → Publikationen → Profil der Internetnutzerinnen und -nutzer im Jahr 2019

Online-Daten und getroffene Massnahmen nach digitalen Kompetenzen, 2021

In % der Bevölkerung¹

G2



¹ Personen zwischen 15 und 88 Jahren

Quelle: BFS – IKT-Omnibus

© BFS 2022

Massnahmen gegen Online-Tracking

Internetnutzerinnen und -nutzer geben auf Websites und in Applikationen nicht nur aktiv und «freiwillig» persönliche Informationen preis, ihr Verhalten wird von den Dienstleistungsanbietern und Plattformen auch genau beobachtet und aufgezeichnet, insbesondere mithilfe von Cookies, die auf den Endgeräten jeder Internetnutzerin und jedes Internetnutzers gespeichert werden. Die Nutzung der so erstellten persönlichen Profile gefährdet die Privatsphäre.

Im Gleichschritt mit der immer grösseren Menge persönlicher Daten im Internet wachsen auch die Erfahrung und das Wissen der Bevölkerung im Umgang mit dem Thema. So sind sich in der Schweiz immer mehr Leute bewusst, dass Cookies verwendet

werden. 2017 gaben 59% der Befragten an, dass sie Cookies kennen, 2021 waren es bereits 71%. Zudem zeigte sich knapp die Hälfte (48%) darüber beunruhigt, dass sie bei Online-Aktivitäten auf Schritt und Tritt überwacht wird. Diese Sorge ist unabhängig von den digitalen Kompetenzen und der Intensität der Internetnutzung überall etwa gleich verbreitet. Ein auffälliger Unterschied zeigt sich lediglich nach Alter der Personen. Die jüngsten (unter 25 Jahre) und die ältesten Altersgruppen (ab 65 Jahren) zeigen sich weniger besorgt (39% bzw. 43%) als der Rest der Bevölkerung, wo sich diese Anteile je nach Altersgruppe zwischen 48% und 55% bewegen.

Es gibt einfache technische Lösungen, um sich vor Cookies und anderen Datentrackern zu schützen. Von den im Rahmen dieser Erhebung beurteilten Massnahmen am häufigsten verwendet wurden zum einen die Änderung der Browsereinstellungen, um Cookies auf dem Endgerät einzuschränken (von 34% der Befragten genannt), zum anderen die Verwendung einer Anti-Tracking-Software, die verhindert, dass Online-Aktivitäten von Dritten verfolgt werden können (20%).

Ob und welche konkreten Massnahmen zum Schutz vor Online-Tracking getroffen werden, ist stark von den digitalen Kompetenzen abhängig. Bei der Anpassung der Browsereinstellungen reicht die Bandbreite von 58% (Internetnutzende mit erweiterten Kompetenzen) bis 12% (geringe Kompetenzen), bei der Verwendung von Anti-Tracking-Software von 33% bis 9%.

Internationale Ergebnisse im Vergleich

Um die beiden von den Internetnutzerinnen und -nutzern im Jahr 2021 getroffenen Massnahmen besser einordnen zu können, werden die Ergebnisse international verglichen (Grafik G3).

Obwohl immer mehr Privatpersonen und Haushalte in der Schweiz wissen, dass Cookies verwendet werden, ist ihr Anteil an der Bevölkerung kaum höher als im Gesamtdurchschnitt der Europäischen Union (74% gegenüber 72%).⁷ Damit liegt die Schweiz deutlich hinter dem Spitzentrio Finnland, Niederlande und Dänemark zurück, wo knapp neun von zehn Personen über die Verwendung von Cookies Bescheid wissen.

In der Schweiz haben 37% der Befragten nach eigenen Angaben die Einstellungen ihres Internetbrowsers geändert. Zwar liegt dieser Anteil über dem EU-Durchschnitt (32%), kommt aber bei Weitem nicht an die Werte von Finnland und der Niederlande heran, wo 54% bzw. 48% diese Präventionsmassnahme ergreifen.

Die Möglichkeit, die Überwachung von Online-Aktivitäten mit einer Anti-Tracking-Software zu unterbinden, wird in der Schweiz lediglich von einem Fünftel (21%) der Bevölkerung genutzt. Auch hier schneidet die Schweiz etwas besser ab als der EU-Durchschnitt (19%), aber deutlich schlechter als Belgien und Norwegen, die mit 47% bzw. 38% die Rangliste anführen.

Auffällig ist, dass auf europäischer Ebene nur in diesen beiden Ländern anteilmässig mehr Personen eine Anti-Tracking-Software verwenden als Browsereinstellungen ändern.

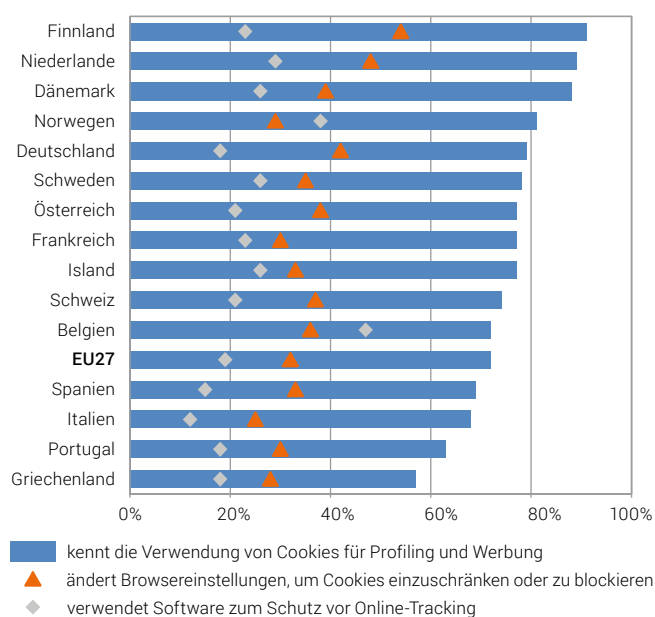
⁷ Der Vergleich zwischen der Schweiz und den EU-Ländern bezieht sich auf die Bevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren. Die Ergebnisse unterscheiden sich daher leicht von den Zahlen für die Schweiz, die sich auf die Bevölkerung im Alter von 15 bis 88 Jahren beziehen.

Obschon Online-Aktivitäten in der Schweizer Bevölkerung generell stärker verbreitet sind als im EU-Durchschnitt, ist bei diesen drei Indikatoren kein wirklicher Fortschritt zu erkennen. Es scheint, dass in der Schweiz gemessen an der Intensität der Online-Aktivitäten ein weniger ausgeprägtes Bewusstsein für Online-Tracking besteht und auch weniger aktiv dagegen vorgegangen wird als in den digital am weitesten fortgeschrittenen Ländern.

Anteil der Bevölkerung, der den Zweck von Cookies kennt und Präventionsmassnahmen ergreift

In % der Bevölkerung von 16 bis 74 Jahren

G3



Quelle: BFS – IKT-Omnibus ; Eurostat

© BFS 2022

Schlussfolgerungen

Die Digitalisierung prägt unseren Alltag und es gelangen unweigerlich immer mehr persönliche Daten ins Internet. Umso wichtiger ist es, das Selbstbestimmungsrecht über die persönlichen Daten zu gewährleisten.

Wie die vorliegende Studie nahelegt, scheint das Bewusstsein, dass persönliche Daten im Internet ein Risiko bergen und sie mit konkreten Massnahmen geschützt werden können, zu wachsen. Im internationalen Vergleich schreitet diese Entwicklung in der Schweiz allerdings weniger schnell voran als in den EU-Ländern. In der Schweiz ist das Bewusstsein über das bestehende Risiko nur knapp höher als im EU-Durchschnitt und es werden auch nur geringfügig häufiger Schutzmassnahmen getroffen.

Je nach digitaler Kompetenz sind allerdings auch hier Unterschiede festzustellen.⁸ Internetnutzerinnen und -nutzer mit geringen Kompetenzen scheinen sich der Problematik wenig bewusst zu sein. Vermutlich sind sie nicht in der Lage, Kontrollmassnahmen zu ergreifen, weil ihnen dazu die technischen Kenntnisse fehlen. Viele geben persönliche Daten online preis, unternehmen aber nur wenig oder gar nichts, um den Zugriff Dritter auf diese Daten zu beschränken.

Dass die gesetzlichen Grundlagen überarbeitet werden müssen, um das Recht der Personen auf ihre persönlichen Daten zu stärken, ist unbestritten. Gleichzeitig muss aber auch die Bevölkerung mittels Schulung und Information befähigt werden, in einer digitalen Welt, die immer mehr persönliche Daten sammelt, die nötigen Schutzmassnahmen zu treffen.

⁸ Auf diese Unterschiede wurde bereits in der letzten Publikation hingewiesen: www.statistik.ch → Statistiken finden → Kultur, Medien, Informationsgesellschaft, Sport → Informationsgesellschaft → Publikationen → Desinformation im Internet – Wahrnehmung und Massnahmen

Herausgeber:	Bundesamt für Statistik (BFS)
Auskunft:	Yves Froidevaux, WSA, Tel. 058 463 67 26
Redaktion:	Pierre Sollberger und Yves Froidevaux, WSA
Inhalt:	Yves Froidevaux, WSA
Reihe:	Statistik der Schweiz
Themenbereich:	16 Kultur, Medien, Informationsgesellschaft, Sport
Originaltext:	Französisch
Übersetzung:	Sprachdienste BFS
Layout:	Sektion PUB, Publikationen und Visual Design
Grafiken:	Sektion PUB, StatChart
Online:	www.statistik.ch
Print:	www.statistik.ch Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel, order@bfs.admin.ch , Tel. 058 463 60 60 Druck in der Schweiz
Copyright:	BFS, Neuchâtel 2022 Wiedergabe unter Angabe der Quelle für nichtkommerzielle Nutzung gestattet
BFS-Nummer:	823-2101

Die Informationen in dieser Publikation tragen zur Messung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) bei.



Indikatorensystem MONET 2030

www.statistik.ch → Statistiken finden → Nachhaltige Entwicklung → Das MONET 2030-Indikatorensystem